

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 10

Artikel: Demokratisierung der Partei
Autor: Mattmüller, Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratisierung der Partei

Die kritische Intelligenz muss in die Offensive. Heraus aus der Zurückhaltung. Es schadet nicht, wenn sie zu viel fordert. Es ist kein Makel, wenn sie sich irrt. Mancher bisherige Irrtum wurde ihnen deshalb angekreidet, weil sie mit ihren Mitteln die Politik zu spät zur Aktion und zur Veränderung veranlassten. Es gibt Erfahrungen, die erkennen lassen, dass eine Solidarität des Geistes existieren kann. Doch sie ist immer noch viel zu schwach und viel zu mutlos. Und viel zu selten hat sie sich im Willen zur Verweigerung manifestiert. Jene, die sich in der ganzen Welt in der Solidarität des Geistes finden, werden der Politik die Verantwortung nicht nehmen können. Doch sie könnten sehr wohl die Substanz dieser Verantwortlichkeit mit immer neuer Gewissenhaftigkeit definieren, den Anspruch mit der Wirklichkeit vergleichen. Sie nähmen damit an der Verantwortung teil, in der die Intellektuellen ohnehin stehen. In diesem Sinn dürfen sie nicht als ein Instrument der Mächtigen funktionieren, sondern müssen den Mut zur eigenen moralischen Autorität finden. Sie haben ein Wächteramt, und sie könnten es besser nutzen. Willy Brandt in UNESCO-Dienst 7/76, Seite 6

Demokratie durch sozialistisches Verhalten muss zuerst innerhalb der Partei verwirklicht werden. Die Partei als Basisorganisation muss alle Kräfte einspannen und aktivieren, wenn sie glaubwürdig sein will. Darauf hat Max Wullschleger in «Aktive Demokratie» hingewiesen:

«Die grösste Gefahr für die Demokratie und damit für alles, was uns an Freiheiten wichtig erscheint, sehe ich primär nicht in der Bedrohung durch den Bolschewismus, sondern in der politischen Indifferenz. Die Demokratie kann nur so lange bestehen, als ihre Bürger bereit sind, aktiv mitzumachen, das heisst sich um die öffentlichen Belange zu kümmern. Solange dies geschieht, ist die Demokratie auch stark und abwehrbereit. Es ist Aufgabe der politischen Parteien, diese Mitarbeit der Bürger zu organisieren und zu ermöglichen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muss aber eine politische Partei innerlich vorbereitet sein. Sie darf sich nicht nur darauf beschränken, wirtschaftliche Interessen ihrer Mitglieder und Wähler zur Geltung zu bringen, sondern sie muss ganz bestimmte Prinzipien und Ideale vertreten, welche die Menschen anspornen, mitzumachen. Darum muss die politische Partei selbst einen demokratischen Organismus besitzen, der sich immer wieder erneuert und der in der Lage ist, die im Volke vorhandenen Kräfte und Strömungen auf das demokratische Gemeinwesen zu übertragen. Es muss also in einer politischen Partei weitherzige Diskussionsfreiheit herrschen und die Meinungsbildung soll durch die Mitglieder und nicht durch den Apparat erfolgen. Eine politische Partei, die keine Opposition duldet, kann ihre Aufgabe zur schlecht oder überhaupt nicht erfüllen.»

Wir müssen uns deshalb zunächst fragen, wie Auseinandersetzungen innerhalb der Partei geführt werden sollen:

Welche Widersprüche und Wechselwirkungen sind dabei zu berücksichtigen?

In den folgenden sechs Punkten wird versucht, die Ausgangslage für eine parteiinterne Diskussion zu ermitteln. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren. Es ist daher sinnlos, verschiedenen Gruppierungen in der Partei den Stempel «links» oder «rechts», «konservativ» oder «fortschrittlich» usw. aufzudrücken. Es muss im Gegenteil zu einer offenen Diskussion kommen, durch die allein nutzlose Feindbilder abgebaut werden können. In diesem Sinne sind die folgenden Überlegungen zu verstehen:

1. Bürgerliches Verhalten — sozialistisches Verhalten

Auf dem Hintergrund der profit- und besitzorientierten bürgerlichen Gesellschaft nach den Grundsätzen der Macht des Stärkeren sind Familie, Freizeit, Vereinsleben und Arbeit hierarchisch autoritären Strukturen unterworfen. Wenige herrschen, viele haben zu gehorchen. «Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden» (Jack London).

Sozialistisches Verhalten ist an sich demokratisch. Demokratie kann allein durch Sozialismus entstehen (Gabriele Nanchen). Meinungen und Erfahrungen der jeweiligen Partner sind ebenso ernst zu nehmen wie die eigenen. Gesprächsoffenheit steht im Vordergrund. Man weiss, dass die Probleme der Gesellschaft wie die Probleme der einzelnen nur auf der Grundlage der Gleichwertigkeit aller Menschen gemeinsam gelöst werden können. «Der Mensch ist nur unter in gleicherweise freien Menschen wirklich frei, und da er nur in seiner Eigenschaft als Mensch frei ist, ist Knechtschaft eines einzigen Menschen auf der Erde als Verletzung des Prinzips der Menschheit selbst, eine Negierung der Freiheit aller. Die Freiheit eines jeden Menschen kann also nur in der Gleichheit (Gleichwertigkeit) aller verwirklicht werden. Die Verwirklichung der Freiheit in der rechtlichen und tatsächlichen Gleichheit ist die Gerechtigkeit» (Michail Bakunin).

Durch sozialistisches Verhalten können alle Auseinandersetzungen ver menschlicht und veranschaulicht und damit in vertretbaren Formen ausgetragen werden.

2. Demokratie — Sozialismus

Soziale Demokratie sieht im Vordergrund eine Verminderung der Widersprüche im kapitalistischen System durch soziales und demokratisches Verhalten. Sie neigt dazu, die Probleme zu individualisieren und sich damit auf Gegenwartslösungen zu beschränken (Realpolitik).

Demokratie durch Sozialismus geht davon aus, dass die bürgerliche Gesellschaft durch die Förderung von Eliten auf allen Gebieten eine zah-

lenmässig kleine Klasse von Bevorzugten schafft, die eine zahlenmässig unverhältnismässig grosse Klasse von Benachteiligten verursacht. Daher gehen Sozialisten von gesamtgesellschaftlichen Bedingungen aus, durch deren Veränderung im Interesse des Volkes weitgehend auch die persönlichen verbessert werden können. Da die Überwindung von Klassegegensätzen mit demokratischen Mitteln den «langen Marsch» durch die Institutionen voraussetzt, ist Sozialismus nur durch gemeinsame langfristige Planung auf dem Hintergrund sozialistischer Zielvorstellungen (Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft) zu erreichen. Da niemand die alleinige Wahrheit besitzt, ist dieser Widerspruch nur in andauerndem Gespräch aller Beteiligten unter Berücksichtigung gegenteiliger Auffassungen zu bewältigen.

3. Koalitionsdenken — Klassendenken

Soziale Demokraten gehen vom Angewiesensein auf die bürgerlichen Kräfte aus. Sie legen Wert auf Toleranz. Damit stehen sie in Gefahr, die Konflikte zu vertuschen und sich so den Mächtigen auszuliefern.

Sozialisten wissen, dass die Gesellschaft nur vermenschlicht werden kann, wenn der Besitz an Geld, Geist, Macht und Einfluss gerecht verteilt wird. Sie kämpfen daher für Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit, weil sie davon Freiheit für alle erwarten. Sie sind als von der Unmenschlichkeit unserer Zeit tief Betroffene in Gefahr, ungeduldig und intolerant zu werden und durch «Konfliktstrategie» an sich gutwillige Kräfte inner- und ausserhalb der SP abzustossen, anstatt sie zu gewinnen. Sozialdemokraten und Sozialisten werden jedoch nur gemeinsam die Gesellschaft verändern können. Daher empfiehlt sich auch eine gemeinsame Strategie, die auf Grund klarer Zielvorstellungen andauernd überprüft, welches Vorgehen auf dem Wege zum Ziel angemessen ist.

4. Sitzpolitik — Sachpolitik

Sitzpolitik geht davon aus, dass jede Position durch Sozialdemokraten erreicht werden kann und muss. Dabei steht die Person der jeweiligen Mandatsträger im Vordergrund, die dann gerne vergisst, «woher sie kommt».

Sachpolitik geht von der Diskussion aus, durch die sich jeweils Kompetenz herauschält. Es zeigt sich auf diese Weise auch, wer am ehesten sozialistische Ideen entwickeln und in der Praxis durchsetzen kann. Karrieredenken zerstört die Sachlichkeit. Durchsetzungsfähigkeit, gepaart mit Sachkompetenz, hingegen dient unserer Sache, da sie auf andauernde Überprüfung und Diskussion mit allen Beteiligten angewiesen ist.

5. Alt — jung

Der Generationenkonflikt spielt in der parteiinternen Auseinandersetzung wider Erwarten keine bedeutende Rolle. Immer wieder trifft man

auf alte Genossen (Karl Dellberg), die jung geblieben sind. Ihre Erfahrungen aus der Zeit des Generalstreiks und der Krise ermöglichen ihnen grosses Verständnis für junge Menschen, die unter der Ungerechtigkeit unserer Zeit leiden und deshalb begreiflicherweise die Geduld verlieren. Diese alten Genossen werden von den Jungen ganz selbstverständlich geachtet und anerkannt. Wir brauchen ihre Erfahrungen und Kenntnisse dringend.

6. Theorie — Praxis

Theoretische Erwägungen im «ideologischen Überbau» bringen isoliert keine Veränderungen. Sie schaffen im Gegenteil wiederum Eliten, die durch ihren intellektuellen Wissensvorsprung und ihre Sprachgewandtheit in Gefahr sind, sich zu verrennen und den Abstand zwischen den Theoretikern und der übrigen Arbeitnehmerschaft zu vergrössern.

Ebensowenig bringen isoliert geschehene praktische Teillösungen Veränderungen. Sie verlieren sich zu oft in irgendeiner Technik, durch deren Zwänge die Menschen wiederum versklavt werden. Daraus entsteht – vor allem bei kurzfristigen Erfolgen – eine verhängnisvoll-feindliche Haltung gegenüber nötigen theoretischen Zieldiskussionen und ihren Trägern.

Veränderungen hingegen erfolgen in den «Primärstrukturen» Familie, Schulklasse, Arbeitsteam usw. Hier müssen ökonomische, politische, soziale und persönliche Probleme gemeinsam gelöst werden. Lösungsversuche ergeben sich in andauernd überprüfter und überprüfbarer gemeinsamer Praxis. Daraus ergibt sich folgerichtig auch eine Veränderung des persönlichen Verhaltens.

Eine sozialistische und daher demokratische Partei muss daran arbeiten, dass Denken und Handeln nicht auseinanderfallen. «Handeln doch die meisten Linksintellektuellen wie kleine Bourgeois. Zwar solidarisieren sie sich mit dem vietnamesischen Volk; aber ihre Solidarität mit dem Partner in Gewerkschaft und Partei reicht oft nur für den gemeinsamen Hausputz. Auch reicht es nicht aus, die gesellschaftlichen Bedingungen zu kennen, sie zu analysieren und sich im übrigen um das gesellschaftliche Sein nur karitativ oder unter dem Gesichtspunkt politischer Nützlichkeit zu kümmern. Eine realistische Einschätzung der Wünsche, Hoffnungen, Ängste, Freuden, des Bewusstseins, nicht eines Abstraktums, sondern des konkreten Lohnabhängigen nebenan, schafft erst die Voraussetzung für wirksame politische Arbeit» («Wie was tun?», «Konkret» 8/76). Es geht um die Existenzfrage «Wem bist du nützlich? Von wem also lebst du? Weisst du also, warum du deinen Mund nicht aufmachst, wenn Ausbeuter Ausbeuter genannt werden müssen?» (Martin Walser in «Konkret» 7/76. «Das Volk denkt konkret gegenständlich, die Intellektuellen abstrakt. (Nur zuhause und im Suff werden sie wieder Volk.) Schliesslich fehlt der deutschen Linken die antiautoritäre Disziplin. Abgesehen, dass

dadurch die Arbeit innerhalb der Linken unwirksam wird – was wir uns nun wirklich nicht leisten dürfen –, verhindert der genialische Schlendrian häufig sogar die Zusammenarbeit mit gewöhnlichen Menschen. Wer nicht in der Lage ist, eine vereinbarte Angelegenheit in vereinbarter Weise zum vereinbarten Zeitpunkt durchzuführen, sollte von Massenmobilisierung gar nicht erst träumen» («Wie was tun?», «Konkret» 8/76).

Demnach entscheidet die Qualität des «Wie» weitgehend über den Erfolg politischer Arbeit, natürlich unter der Voraussetzung, dass die politische Zielsetzung stimmt.

Eine weitere Gefahr für die Demokratisierung innerhalb der Partei bildet die Verbürokratisierung eines Parteiapparates, der nicht von der Parteibasis her aufgebaut ist. In einem derartigen Kaderparteiapparat erfüllen zu viele die Aufstiegsbedingungen, wie sie *Martin Walser* in «Konkret» 7/76 formuliert: «Verleugnen, was ich von einer Mutter erfuhr. Das Elend vergessen, das der Kapitalismus auf meinen Vater lud. Überlaufen zu denen, die meinen Bruder erschossen liessen.»

Die Tätigkeit eines derartigen Apparates unterliegt denn auch bestimmten Regeln. In «Allmacht der Partei-Ohnmacht der Gewählten» («NZ» am Wochenende vom 19. Juni 1976) schildert *Ota Sik* die Folgen eindrücklich:

Nicht eigenes Denken, kritisches Verhalten und Verständnis für die Unzufriedenheit und Klagen des Volks sind die besten Voraussetzungen für eine Funktionärskarriere, sondern: die Fähigkeit des Ja-Sagens zu den Parteidirektiven und die Bereitschaft, sie jederzeit öffentlich zu verteidigen; der Spürsinn, rechtzeitig die politische «Windrichtung» zu erkennen und den «richtigen» (aufsteigenden) Mann in der höheren Rangstufe zu unterstützen; die Gabe, stets die eigene «Bescheidenheit» und «Uneigennützigkeit» hervorzukehren, den Vorgesetzten gegenüber Verlässlichkeit zu demonstrieren und sie über Worte und Taten ihrer persönlichen Feinde zu informieren.

So einig der bürokratische Parteiapparat nach aussen hin, gegenüber der Masse «mit mangelndem sozialistischem Bewusstsein» auch scheint, so uneinig sind seine einzelnen «professionellen Revolutionäre» in ihrem persönlichen Machtstreben. Die innerparteiliche Bspitzelung, das Sammeln von Beweisen für «falsches» Denken und unkommunistisches Verhalten der anderen, die Menge der Zuträgereien und Intrigen, die Art des Sich-Entledigens von persönlichen Gegnern, die Inszenierung von Schauprozessen zur Liquidierung einst führender Persönlichkeiten, das stille «Beseitigen» allzu populärer Männer, welche vor ein Gericht zu bringen politisch schädlich wäre, dies alles entwickelt sich in einem totalitären System in einem solchen Ausmass, wie es in einer Demokratie nicht denkbar ist.

Die vorher bestimmte und begrenzte Zeit der Parteitage, ihr feierlicher

Charakter und die Steuerung eines jeden Akts aus dem bürokratischen Hintergrund machen sie zu einer reinen Formalität. Die Listen der vorbereiteten Kandidaten für alle «Wahlen» können von den Delegierten gar nicht überprüft, geschweige denn auf Grund einer organisierten Absprache mit Gegenkandidaten versehen werden. In Wirklichkeit legen also die Parteitage nicht die Programme und politischen Linien fest, sondern heissen widerstandslos nur das gut, was der Parteiapparat und das alte Politbüro vorbereitet haben. Der Parteitag wählt auch nicht das neue Zentralkomitee, sondern akzeptiert passiv jene Kandidanten, die den Interessen des Apparates entsprechen.

Es ist nur selbstverständlich, dass im Grunde dasselbe System der Vorbereitung, Auswahl und Vorschläge von Kadern durch den Parteiapparat auch bei der Besetzung aller wichtigen Macht- und Leitungspositionen im Staat, in der Wirtschaft und in allen anderen Sphären praktiziert wird.

Es wäre allzu billig zu behaupten, SPS oder kantonale Parteien seien zum vornherein vor solchen Gefahren gefeit.

Jedes Parteimitglied hat das Recht auf volle Information und rückhaltlose Diskussion aller Gegenstände der innerparteilichen Willensbildung vor Beschlussfassung.

Kein Parteimitglied muss unmittelbar oder mittelbar Nachteile befürchten, wenn es sich an der Diskussion von Vorschlägen der Partei oder der Parteiführung beteiligt und dabei Meinungen vertritt, die im Gegensatz zu den Auffassungen der Parteiführung stehen oder das Parteimitglied in Gegensatz zur Parteiführung bringen.

Die Meinungs- und Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei ist nicht geringer oder eingeschränkter als ausserhalb der Partei.

Entgegenstehendes Verhalten und Zuwiderhandeln von Parteiorganen, Parteifunktionären und Parteimitgliedern ist parteischädigend.

Aus einer Grundsatzerklärung der SPÖ, angenommen am Parteitag März 1976.